

# Die Säkularisation des savoyisch-piemontesischen Besitzes der Propstei vom Grossen St. Bernhard (1752): ein historischer Wendepunkt

Gregor ZENHÄUSERN

Als Papst Benedikt XIV. am 19. August 1752 den savoyischen und piemontesischen Besitz der Kongregation vom Grossen St. Bernhard säkularisierte, fand eine jahrhundertealte Rivalität zwischen Savoyen und Wallis um die Vorherrschaft über die Propstei ein Ende; die Kongregation aber stand vor einem historischen Wendepunkt. Im Folgenden möchten wir den Ursachen dieses Interessenkonfliktes, der in der radikalen Lösung von 1752 gipfelte, nachgehen, die verschiedenen Phasen des Separationsprozesses kurz aufzeigen und schliesslich seine Auswirkungen für die Institution skizzieren. Blenden wir also zurück.

Unter den zahlreichen mittelalterlichen Hospizen entlang der Fernstrassen über die Alpen, nahm die *domus Montis Jovis* stets einen besonderen Platz ein. Vom Santiago-Pilgerführer (nach 1139) – neben dem Hospital von Jerusalem und dem Spital der hl. Christina auf dem Somport – zu den drei weltberühmten Pilgereinrichtungen gezählt, sicherte das Hospiz auf dem Grossen St. Bernhard (2469 Meter) in Analogie zu den römischen Wechsel- und Raststellen (*mutationes et mansiones*) den schon im Altertum begangenen, im Mittelalter militärisch und wirtschaftlich für lange Zeit wichtigsten Westalpenpass. Aufgrund dieser geopolitisch günstigen Lage erlebte das Passhospital im 12. und 13. Jh. eine ausserordentliche Entwicklung. Schon ein Jahrhundert nach seiner Gründung (vor 1081/1086) durch den hl. Bernhard, Archidiakon von Aosta, erscheint das Passhospital als Zentrum eines voll entfalteten Regularkanoniker-Verbandes. Die Chorherren, die neben der Hospitaltätigkeit auch Seelsorgefunktionen übernahmen, verfügten bald über eine Vielzahl von Niederlassungen. Von England bis Sizilien säumten die ihnen anvertrauten Hospize, Häuser, Hospitäler, Kirchen und Seelsorgepriorate die Strassen, die dem Grossen St. Bernhard von Norden und Süden zustrebten. Am schrittweisen Ausbau der rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen des Hospizes, dessen Expansion gegen Ende des 13. Jh. ihren Höhepunkt erreichte, hatte sich ein immer grösser werdender, den regionalen Rahmen sprengender

Personenkreis beteiligt. Im Wettbewerb um die Beherrschung der Westalpenpässe und deren Zugänge betrieben die Mächtigen Europas gegenüber der Institution auf der Passhöhe eine eigentliche Schutz- und Schenkungspolitik. Unter ihren Förderern ragen hervor: Kaiser Friedrich I. Barbarossa, sein Sohn, der spätere Kaiser Heinrich VI., Heinrich II. Plantagenêt, König von England, dessen Söhne Richard I. Löwenherz und Johann ohne Land, die Könige Heinrich III., Edward I., Edward II., Edward III. und Richard II., ferner Heinrich I. der Freigeige, Graf von Champagne, die Grafen des Canavese, die bedeutenden Grafen von Hertford und Gloucester, d. h. die berühmte Familie Clare, nicht zuletzt der Valdostaner und Westschweizer Adel. Zweifellos aber leistete der Regionaladel, insbesondere die Grafen von Savoyen, die im 12. Jh. einen eigentlichen «alpinen Pass-Staat» rund um den Grossen St. Bernhard aufzubauen begannen, mit der Übertragung von Grundbesitz beidseits des Alpenüberganges den wichtigsten Beitrag zur Konsolidierung des Hospizes. Spätere päpstliche und gräfliche Besitzbestätigungen – 1169/79 von Alexander III., 1183 von Lucius III. und 1190 von Clemens III. sowie 1206 von Thomas I. und 1248 von Amadeus IV. von Savoyen – unterstreichen die Bedeutung gerade dieser Güter und Rechte für das Hospiz. Sie bildeten seine wirtschaftliche Grundlage, die im 12. und 13. Jh. durch Schenkung, Kauf und Tausch erweitert wurde: Zum relativ geschlossenen Besitz in der Umgebung des Hospizes, in Bourg-Saint-Pierre, in Saint-Rhémy, Saint-Oyen, Etroubles aber auch in Aosta gesellte sich Streubesitz an mehreren Orten des Aostatales – von Morgex bis Châtillon – und im Valpelline. Gegenstand der Erwerbungen waren Güter aus Allodialbesitz, Einzelgrundstücke (darunter Weinberge), vereinzelt Häuser und Hofstätten neben grundherrlichen Rechten an Alpen, Weiden, Wäldern und Zehnten beidseits des Passes. Bereits das zu Beginn des 13. Jh., wahrscheinlich im Priorat Saint-Bénin von Aosta – einem frühen und wichtigen administrativen Zentrum des Hospizes – angelegte älteste Chartular beschreibt ein Wirtschaftsgebiet mit eindeutigem Schwerpunkt im Aostatal; es verzeichnet zudem Einkünfte in den Talschaften Entremont und Bagnes bis zum Flüsschen Trient. Hier, wie auch im mittleren und unteren Rhonetal, in der Gegend des oberen Genfersees und am linken Seeufer mehrten die Pröpste im 13. und 14. Jh. zielstrebig den Hospizbesitz.

Eingebunden in den alpinen Territorialstaat der Savoyer und zugleich im Grenzbereich der Diözesen Aosta und Sitten gelegen, pflegte das Hospiz weitaus engere Beziehungen mit den weltlichen Machthabern als mit dem Bischof von Sitten, seinem Ordinarius. Die Verbundenheit mit dem Hause Savoyen äusserte sich in regelmässigen Aufenthalten der Pröpste in der Umgebung des savoyischen Hofs, in Ripaille; auch gelangten im Spätmittelalter aufgrund von Verwandtschaft mit dem Haus Savoyen oder Zugehörigkeit zu dessen Beamtschaft Ordensfremde, ja sogar Kleinkinder, in Umgehung des Wahlrechts der Chorherren zur Präpositur. Den verwandschaftlichen Verbindungen der Pröpste mit Savoyen verdankte die Propstei 1466 die Inkorporation des bislang von Verrès abhängigen Hospizes vom Kleinen St. Bernhard am gleichnamigen Pass (2188 Meter) und damit eine ansehnliche Erweiterung ihres Besitzes. – Die Beziehungen zum Ordinarius indes wurden durch gegensätzliche territoriale Interessen der Grafen von Savoyen und der Bischöfe von Sitten belastet – Interessen, die in dieser Diözese die herkömmlichen jurisdiktionellen Bindungen der Propstei an den Ordinarius, d. h. die *lex diæcesana*, überlagerten. Die herrschaftlich verstandene Schutzpolitik der Grafen von Savoyen zu Gunsten des Hospizes, die einer Vogtei

sehr nahe kam, war Element des seit dem 12. Jh. konsequent betriebenen Ausbaus ihrer Landesherrschaft. In Konkurrenz zum Bischof von Sitten, Graf des Wallis (seit 999) und Reichsfürst (seit 1032), und vorübergehend auch in Opposition zur staufischen Burgund- und Italienpolitik, gelang es den Savoyern, den Nordzugang des Grossen St. Bernhard zu beherrschen und das reichsunmittelbare Bistum allmählich unter ihren Einfluss zu bringen. Das angespannte, vom territorialen Antagonismus zwischen Graf und Fürstbischof geprägte Verhältnis besserte sich vorübergehend, als Anhänger Savoyens den Bischofsstuhl von Sitten innehatten oder den unter avignonesischer Obödienz verbliebenen Teil des Bistums verwalteten. Die Beziehungen sollten sich indes nach den Burgunderkriegen verschlechtern.

Die siegreichen Gefechte der Sieben Walliser Zenden auf der Planta im November 1475 und in Sembracher im Frühjahr 1476 beendeten die Herrschaft des savoyischen Erbfeindes über das Gebiet von der Morge bei Conthey bis Massongex, das als Landvogtei Saint-Maurice Untertanengebiet wurde: Das Passhospital befand sich geopolitisch in einer neuen Lage. Nach mehr als dreihundert Jahren war der Grosse St. Bernhard Landesgrenze geworden (definitiv erst 1906). Die Einflussnahme der Walliser Zenden auf das Hospiz am strategisch wichtigen Pass wurde nun deutlicher spürbar.

In der Auseinandersetzung zwischen Savoyen und Wallis um die Vorherrschaft über die in beiden Staaten begüterte Propstei wurde zusehends eine Frage zentral: jene der freien Propstwahl. Dieses Recht war dem Kapitel der Chorherren 1286 von Honorius IV. und erneut 1436 vom Basler Konzil ausdrücklich bestätigt worden; die päpstliche Benefizialpolitik und das Kommendenwesen machten es aber weitgehend obsolet. Von besonderer Tragweite für die Wahlrechtsfrage war der Entscheid Papst Nikolaus' V. bei der Beilegung des Papstschismas des Basler Konzils: Nach dem Verzicht des Gegenpapstes Felix' V. (Amadeus' VIII. von Savoyen) auf die Tiara 1449, versprach Nikolaus V. 1451 im Gegenzug, künftig jedes vakante höhere Benefizium im Machtbereich Savoyens, einschliesslich der Propstei, nur nach Anhörung des Herzogs zu verleihen. Die Nachfolger Nikolaus' V. bestätigten dieses Vorrecht, das Savoyen als Nominationsrecht auffasste, der Heilige Stuhl indes – und natürlich Wallis – restriktiv als Konsensrecht auslegten. Gewiss, Savoyens traditionelle Rolle als Beschirmer der Propstei schien einen Patronat zu legitimieren; die Sieben Walliser Zenden aber, die im Zuge der Burgunderkriege auf Kosten des Herzogs bedeutende Landgewinne erzielt und mit dem Hospiz das rechtmässige Zentrum der Propstei unter ihre Kontrolle gebracht hatten, wollten einen von Savoyen ernannten Propst mit Jurisdiktion in beiden Staaten nicht anerkennen; ausserdem widersprach eine Nomination des Propstes dem in den Konstitutionen von 1438 festgeschriebenen Wahlrecht des Kapitels.

Während es Savoyen unter Ausnützung des Kommendenwesens und dank besserer Beziehungen zur Kurie meist gelang, die Propstei mit eigenen Kandidaten zu besetzen, agierte Wallis weniger erfolgreich: So scheiterte selbst der ehrgeizige Walliser Prälat Matthäus Schiner, Bischof und Kardinal, der 1510 den Domherrn Peter Grand zum Prokurator der Propstei ernannt und letztere erst für sich, dann für seine Neffen Andreas Kretz und Martin Schiner als Kommende begehrt hatte. Den Bischöfen von Sitten und dem Walliser Landrat gelang es auch in der Folge nicht,

die freie Propstwahl des Kapitels durchzusetzen, auf die sie im Interesse des Hospizes und der Landschaft Wallis durch die auf dem Pass residierenden und wallistreuen Klausuralchorherren Einfluss zu nehmen hofften. Dies bedeutete in verschiedener Hinsicht eine Schwächung der Walliser Position: Seit den Gebietsverlusten in der Waadt als Folge der Reformation (1536) war das Hospiz nämlich ökonomisch stärker als zuvor von den in Piemont und Savoyen gelegenen Besitzungen – und damit von der Gunst des Herzogs – abhängig; die Savoyen ergebene Propste, die ihre Residenz in Aosta seit 1596 zusehends zum «Gegenzentrum» erhoben und sich somit direktem Walliser Einfluss entzogen, arbeiteten mit ihrer dem Hospiz nachteiligen Veräusserungspolitik jenseits der Alpen auf seine Marginalisierung hin. Die Verschleppung wichtiger Besitztitel des Klosterarchivs nach dem Priorat Saint-Jacquême von Aosta zu Beginn des 17. Jh. trug das ihrige dazu bei. Andauernde Spannungen mit Wallis waren die Folge. Die Beziehungen waren zeitweise derart belastet, dass Herzog Karl-Emanuel nach heftigen Reaktionen Bischof Hildebrands von Riedmatten 1596 erstmals eine Separation erwogen hatte. In ihrer Stellung auch gegenüber exemten Orden hinsichtlich dringender Erfordernisse der Pfarreien und Hospitäler durch das Tridentinum gestärkt, schritten die Bischöfe von Sitten wiederholt – teils auctoritate delegata, teils durch Intervention des Nuntius von Luzern – gegen die Verwaltung der Propste ein, die einseitig savoyische Interessen begünstigten; verschiedentlich intervenierte der Landvogt von Saint-Maurice in der Rolle eines Kastvogts des Hospizes am Kapitel, an dem öfters auch savoyische Agenten den Standpunkt des Turiner Hofes vertraten.

Bei anstehenden Neubesetzungen der Propstei verhinderten die unüberbrückbaren Interessengegensätze jede Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten. Seit 1605 wurde auf Betreiben des Turiner Hofes den amtierenden Propsten zudem ein Koadjutor mit Nachfolgerecht bestellt. Dieses neue Manöver liess eine Propstwahl ausser Betracht und bot während des 17. Jh. gefährlichen Zündstoff, zumal der Landrat 1618 alle geistlichen Ämter in seinem Territorium Einheimischen vorbehalten hatte: Dass die Wahlrechtsfrage durchaus auch militärisch zu eskalieren drohte, zeigen die Umstände der Wahl von Ours Arnod, die Wallis 1646 unter dem Schutz eines Truppenaufgebots des Landvogts von Saint-Maurice durchführte. Zusammenfassend kann man für das 16. und 17. Jh. festhalten: Wallis musste sich in der Regel zwar mit den von Savoyen «oktroierten» Propsten abfinden, da sie die Bestätigung des Heiligen Stuhles erhielten; aller bestehenden Gegensätze zum Trotz fand man aber insofern einen *modus vivendi*, als die Propste nach mittelalterlichem Usus dem Bischof von Sitten und Ordinarius loci weiterhin den Obödienzeid leisteten, mit dem gewöhnlich auch die Inbesitznahme der Propstei einherging; dem Herzog schuldeten sie den Treueid.

Zu Beginn des 18. Jh. verschärfte ein Observanzstreit den Konflikt. In Louis Boniface, Koadjutor (1700-1724) und Propst (1724-1728), fand die Kongregation einen eifrigen Verfechter der Konstitutionen von 1438 und der freien Propstwahl. Diese Statuten waren aber seit längerem nur noch partiell in Gebrauch, wie bereits der Luzerner Nuntius Girolamo Farnese 1642 als Visitor des Hospizes feststellen musste; Modifikationen von 1653, 1668 und 1675, die gerade in der Wahlrechtsfrage auf savoyische Interessen Rücksicht nahmen, waren einer Wiedereinführung strikter Observanz, wie sie von Boniface angestrebt wurde,

abträglich. Vorstösse der Klausralchorherren beflügelten den Reformeifer von Boniface in dieser Gewissensfrage; sein Rigorismus spaltete indes die Kongregation in Anhänger und Gegner der Konstitutionen von 1438, d. h. in eine Walliser und eine Savoyer Fraktion. Der unnachgiebige Boniface setzte nach Intervention und mit Unterstützung des Nuntius von Luzern 1711 die Drucklegung der Konstitutionen durch; er siegte im Prozess (1716-1718), den Savoyen in Rom vor der Kongregation der Bischöfe und Regularen gegen die Konstitutionen angestrengt hatte. Als der Turiner Hof, der um sein Nominationsrecht fürchtete, dessen Bestätigung 1727 von Benedikt XIII. aber dennoch erlangte und die savoyische Fraktion anschliessend eine Änderung der Konstitutionen im Sinne des Patronats befürwortete, strebten die Walliser Chorherren – seit 1735 unter Führung von Administrator und Chorherr Jean-François Michellod – in Rom die Trennung von ihren savoyischen Mitbrüdern an. Der Separationsprozess zog sich von 1735 bis 1752 hin: Zu Beginn konkretisierte sich das Separationsbegehren der Walliser Chorherren in einem Unionsprojekt mit der Abtei Saint-Maurice, dem sich der Landrat widersetzte; ein entsprechender Plan wurde 1747 von der Abtei zwar gebilligt, gelangte jedoch nicht zur Ausführung. Ausschlaggebend und beschleunigend für den Prozessverlauf war der Versuch Karl-Emanuel III., 1749 Jean-Léonard Avoyer zum Propst zu ernennen; trotz päpstlicher Billigung scheiterte das Ansinnen am erbitterten Widerstand des Wallis und der angerufenen katholischen Kantone und führte die durch den Tod Clemens XII. (1740) verzögerte Trennung herbei. Am 19. August 1752 wurde sie, wie erwähnt, von Papst Benedikt XIV. mit der Bulle *In supereminenti* vollzogen: Acht Pfarreien (Allinges-Mésinges und Brenthonne mit den Dependenz Vigny und Avully in der Diözese Genf; Montvalézan und Sééz in Tarentaise; Saint-Rhémy, Saint-Oyen, Etroubles und Pollein im Bistum Aosta), fünf Priorate (Saint-Jacquême von Aosta, Meillerie, Thonon, Rumilly, Saint-Jacquême von Châtel-Argent), ferner die Hospize vom Kleinen St. Bernhard und Sééz, das Spital bzw. Ökonomat Saint-Théodule in Châtillon und das Spital von Marchévaudan in Aosta wurden säkularisiert, von der Propstei abgetrennt und mit Ausnahme der Pfarrbenefizien dem Ritterorden der hl. Mauritius und Lazarus unierte; die betroffenen Religiösen verloren ihren Status, durften jedoch einem andern Orden beitreten; die Einkünfte der säkularisierten Benefizien waren für die Errichtung einer Kommende in Aosta, die dem Unterhalt der zwei bestehenden Spitäler oder dem Bau eines neuen Spitals dienen sollte, sowie für eine weitere Kommende im Chablais bestimmt; der Mauritiusorden musste ausserdem die Hospitaltätigkeit auf dem Kleinen St. Bernhard-Pass garantieren; der König von Sardinien erhielt das Nominationsrecht der säkularisierten Kirchen, die Chorherren vom Grossen St. Bernhard das freie Wahlrecht des Propstes.

Welches waren nun die Folgen der Separation für die Propstei? Auf politischer Ebene teilte sie fortan uneingeschränkt das Schicksal von Wallis: Den Übergang der Republik der Sieben Zenden zu den verschiedenen Verfassungen unter dem Diktat Frankreichs – Kanton des helvetischen Einheitsstaates (1798-1802), «unabhängige» Republik (1802-1810), «Département du Simplon» (1810-1813) – überstand sie ebenso wie die antiklerikal geprägten politischen Richtungskämpfe (1830-1857) im zwanzigsten Schweizerkanton (seit 1815).

Für das innere Leben indes wogen die Ereignisse von 1752 schwerer. Nach der Separation wurde Martigny 1753 Residenzort der Propstei. Im selben Jahr zähl-

te die Propstei wieder 27 Chorherren; vorwiegend aus Einheimischen rekrutierte sie jetzt den Nachwuchs; er erhielt nun nicht mehr in der einst berühmten Hausschule, dem Priorat Saint-Jacquême in Aosta, sondern bald in Martigny, bald im Hospiz, Unterricht. Der engere Rekrutierungskreis begünstigte in der zweiten Hälfte des 18. Jh. allerdings Konflikte im Konvent, die sich schon anlässlich der Wahl des ersten Walliser Propstes Franz Joseph Bodmer, eines Oberwallisers und Wunschkandidaten der Sieben Zenden, abzuzeichnen begannen. Sie beschäftigten in der Folge die Nuntiatur in Luzern und die Walliser Regierung: Ehrgeizigen Ambitionen intrigierender Familienclans innerhalb des Konvents musste nämlich mittels Zulassungsbeschränkung von drei Novizen je Pfarrei, zeitweise sogar unter Androhung staatlicher Zwangsmassnahmen (Aufhebung der Institution), begegnet werden. Dennoch darf die Qualität des inneren Lebens im grossen und ganzen als gut gelten.

Welches waren die Auswirkungen auf die Aktivitäten der Kongregation? Nach 1752 beschränkten die Chorherren die Seelsorgetätigkeit vorwiegend auf ihre Walliser Pfarreien Bourg-Saint-Pierre, Bovernier, Lens, Liddes, Martigny, Orsières, Sembrancher, Trient und Vouvry. Ausserhalb der Diözese Sitten bewahrte die Propstei bis gegen 1784/1801 die Pfarrei Jougne und die Kirche von Les Hôpitaux-Neufs. Die übrigen in Frankreich gelegenen Benefizien hat sie in der zweiten Hälfte des 18. Jh. – wie etwa das Spital in Troyes (1757/1760) – veräussert oder aufgegeben.

Die Hospitaltätigkeit war weiterhin vornehmste Aufgabe der Chorherren. Da nach der Separation die Sammlung von Almosen nur noch in der Schweiz und in den angrenzenden Regionen durchgeführt und 1844 schliesslich ganz aufgegeben wurde, bewältigten sie mit verminderten Ressourcen den grossen Zustrom der Passanten, namentlich von Emigranten im Gefolge der Französischen Revolution, darunter zahlreiche Priester. Es war aber vor allem Bonapartes Überquerung des Grossen St. Bernhard mit der Reservearmee im Mai 1800, die das Hospiz berühmt machte, den Hospizhaushalt indes stark belastete. Vor diesem Hintergrund ist es auch verständlich, dass der Zwang der Umstände und nicht so sehr die eigene Initiative die Chorherren zur Hospitaltätigkeit auf dem Simplon drängte. Früh hatte Napoleon die Bedeutung des schwer passierbaren Alpenübergangs erkannt; der Sieger von Marengo verfügte am 7. September 1800 den Bau der Simplonstrasse. Per Dekret vom 21. Februar 1801 befahl Napoleon den Bau eines Hospizes auf der Passhöhe (2020 Meter); es sollte von Chorherren des Grossen St. Bernhard geleitet werden und auch als Kaserne dienen. Der grösste alpine Hospizbau verzögerte sich indes und war nach mehreren Provisorien erst 1831 bezugsbereit.

Bedeutete die Separation von 1752 für die Kongregation eine existenzielle Bedrohung, so stellte der soziale und gesellschaftliche Wandel im ausgehenden 19. und zu Beginn des 20. Jh. eine nicht minder grosse Herausforderung dar. Die Propstei musste ihre in der herkömmlichen Form weitgehend obsolet gewordene Pilgerfürsorge überdenken, neue Wege beschreiten. In der Verbindung traditioneller Aufgaben mit neuen Aktivitäten, namentlich in der Zusammenarbeit mit dem Pariser Missionsseminar in Asien seit 1933 aber auch im Bildungswesen mit der Eröffnung des Kollegiums Champittet in Pully 1951, fand die Institution ihre Legitimation zur Weiterexistenz. Insbesondere ihre pädagogische Erfahrung, die



sie mit der Gründung und Leitung der ersten landwirtschaftlichen Schule im Wallis in Ecône (1892-1923) gesammelt hatte, liess sie wieder in jene Gebiete zurückfinden, die ihr 1752 entrissen worden waren: 1951 eröffnete die Kongregation auf Wunsch der Regionalen Administration eine landwirtschaftliche Schule in Saint-Martin de Corléans nahe Aosta nach Walliser Vorbild, die sich 1982 als Stiftung «Institut Agricole Régional» konstituiert hat.

Die durch die Separation 1752 geschaffenen Verhältnisse riefen auch verfassungsmässig nach einer Anpassung. Seit 1959 gehört die Kongregation als selbstständiger Zweig der Konföderation der Regularkanoniker an. Nach 1959 gab sie sich 1990/1991 neue Konstitutionen. Heute gliedert sich die Kongregation in zwei Konventualpriorate (Montfleury und Champittet) sowie in das Regionalpriorat Wallis bestehend aus der Propstei in Martigny, dem Hospiz auf dem Grossen St. Bernhard und dem seit 1831 betreuten Simplonhospiz, ferner dem Priorat Martigny, dem Bildungshaus in Freiburg (derzeit Diözesanseminar Givisiez) und den angegliederten Pfarreien. Das Regionalpriorat Hsincheng umfasst die Niederlassungen auf Formosa (heute Taiwan).

Gegenwärtig zählt die Kongregation 70 Mitglieder. Auch wenn sie sich heute nicht mehr ausschliesslich der Pilgerfürsorge widmen, bleiben die Chorherren des Hospizes, wo die Kongregation ihren Anfang genommen hat, ihrer Aufgabe im Dienste des Mitmenschen treu: *Hic Christus adoratur et pascitur* – «Hier wird Christus angebetet und gespeist».